

## Offener Brief an die AfD im Niedersächsischen Landtag (13.12.2018)

Sehr geehrte Damen und Herren der Niedersächsischen AfD,

wie wir der Presse entnehmen konnten, halten Sie an Ihrem Vorhaben fest, auch in Niedersachsen ein Portal einzurichten, auf dem Schüler\*innen Lehrkräfte melden können, die sich (zu) kritisch im Unterricht mit politischen Positionen auseinandersetzen, worunter - so ehrlich können Sie sein – vor allem Positionen der AfD gemeint sind. Dass Sie hier offensichtlich nicht auf einen tatsächlichen Bedarf reagieren, macht u.a. die Aussage des Landeselternrats deutlich: „Dem Landeselternrat, der in Niedersachsen die Interessen der Erziehungsberechtigten von derzeit über 1,1 Millionen Schülerinnen und Schülern vertritt, liegen keine validen Daten oder Nennungen aus der niedersächsischen Elternschaft vor, die belegen, dass Lehrerinnen und/oder Lehrer gegen das Neutralitätsgebot verstoßen oder gar Anlass geben, das Erhebungsportal einer Partei zu unterstützen.“<sup>1</sup>

Sie versuchen also in mittlerweile gut bekannter AfD-Manier Probleme aufzubauschen, die es gar nicht oder bei weitem nicht in dem Maße gibt, wie Sie behaupten, um Verunsicherung zu schaffen, ein Klima der Angst zu erzeugen und Menschen gegeneinander aufzuhetzen.

Dies wird Ihnen mit diesem Portal aber nicht gelingen. Wie es schon Kolleg\*innen in anderen Bundesländern getan haben, greifen auch wir zum Mittel der Selbstanzeige und „gestehen“, um Ihnen etwas Arbeit zu ersparen.

1. Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht für Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit geworben haben.
2. Wir gestehen, dass wir die Zeit des Nationalsozialismus nicht als kleinen „Vogelschiss“ behandelt haben, sondern als das, was sie war: Ein verbrecherischer, undemokratischer und zutiefst menschenrechtsverletzender Teil der deutschen Geschichte. Die Auseinandersetzung mit diesem Teil der deutschen Geschichte wird von uns nicht als „Schuld kult“ gesehen, sondern als die uns Deutschen im Besonderen aber auch allen anderen Menschen aufgegebene Verantwortung, aus der Geschichte zu lernen, insbesondere über die Folgen des Nationalismus, der die Zugehörigkeit zu einem Volk oder einer Nation als besondere Auszeichnung gegenüber anderen Menschen versteht.
3. Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht die Position, dass CO<sub>2</sub> nicht schädlich sei und der Mensch zur Verhinderung des Klimawandels nichts tun könne und müsse, kritisch hinterfragt haben und die Schüler\*innen gebeten haben, nach weiteren Handlungsoptionen zu forschen.
4. Wir gestehen, dass wir sprachliche Tabubrüche von Seiten Ihrer Partei und anderen Menschen als solche im Unterricht thematisiert haben, weil rassistische und diskriminierende Aussagen als solche in unserem Land benannt werden müssen. Zudem haben wir Aussagen von Politiker\*innen auch Ihrer Partei auf Ihre Folgen für den gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt hin untersucht und dabei bestimmte rhetorische Mittel und inhaltlich und formal falsche oder sehr einseitige Darstellungen als aufhetzend und spaltend identifiziert.
5. Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht die Schüler\*innen zu Differenzierung und Perspektivenvielfalt angestiftet haben.
6. Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht das komplexe Thema der Migration nicht als Erklärung für die meisten und größten Probleme in Deutschland haben gelten lassen.

---

<sup>1</sup> Aus einer Pressemitteilung vom 01.10.2018

## Offener Brief an die AfD im Niedersächsischen Landtag (13.12.2018)

7. Wir gestehen, dass wir uns für ein Miteinander von Schüler\*innen und Lehrer\*innen verschiedenster Herkünfte, mit und ohne Migrationshintergrund, an unserer Schule einsetzen und diese Vielfalt in erster Linie als Bereicherung sehen und nicht als unzumutbare Belastung. Dabei verhehlen wir nicht, dass es auch Probleme gibt. Diese resultieren allerdings nicht aus Gründen, die sich überindividuellen Merkmalen bestimmter Menschengruppen zuordnen ließen, sondern vielmehr aus einer Schulpolitik, die oft zu wenig Unterstützung und Ausgleich für die Belastungen der Beteiligten auf allen Seiten zur Verfügung stellt.
8. Wir gestehen, dass wir im Unterricht darauf hingewiesen haben, dass u.a. Ihre Partei hinsichtlich der gleichberechtigten Teilnahme von Frauen in Gesellschaft und Politik noch Förderbedarf besitzt.
9. Wir gestehen, dass wir uns im Unterricht auch für einen verantwortlichen Umgang mit Sexualität und verschiedenen sexuellen Orientierungen aussprechen. Dafür ist unserer Meinung nach eine Gleichberechtigung der lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans\*, intersexuellen und queeren Menschen notwendige und selbstverständliche Grundlage.
10. Wir gestehen, dass wir uns kontinuierlich auf den Artikel 3 des Grundgesetzes berufen und die Diskriminierung von Menschen aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, politischer oder religiöser Überzeugung im Unterricht nicht erlaubt haben.
11. Wir gestehen, dass wir ernst nehmen, was unser Kultusminister, Grant Henrick Tonne, erst kürzlich forderte: „Wir wollen und brauchen Schulen, die klar und deutlich Position für Demokratie und Menschenrechte beziehen und die sich kritisch mit kontroversen Diskussionen in Politik und Gesellschaft auseinandersetzen. Dazu gehört natürlich auch - und hier gibt es kein Vertun - die kritische Auseinandersetzung mit Diskriminierung, Ausgrenzung und allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.“<sup>2</sup>  
  
Dies heißt für uns vor allem, dass wir als wesentlichen Inhalt unseres Bildungsauftrages verstehen zu vermitteln, dass wir den Menschen vor allem als Inhaber einer unverletzlichen Menschenwürde sehen. Alle weiteren, auch nationalen Interessen haben hinter dem Schutz dieser Menschenwürde zurückzustehen. Dies führt des Öfteren zum kritischen Umgang mit politischen Forderungen und Aussagen auch von Vertreter\*innen oder Anhänger\*innen Ihrer Partei.
12. Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht aktiv Produkte der von Ihnen bekämpften Medien eingesetzt und hinsichtlich ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit untersucht haben.
13. Wir gestehen, dass wir in unserem Unterricht offensichtliche Lügen, wissenschaftliche Halbwahrheiten und allgemeine Ungenauigkeiten in Quellen über all die Jahrhunderte analysiert und interpretiert haben.
14. Wir gestehen, dass wir überlegen, einen Längsschnitt zum Thema „Denunziation in verschiedenen historischen Epochen (Römische Republik – Inquisition im Mittelalter – Deutschland im 20. Jahrhundert – Deutschland 2018) zu entwickeln und durchzuführen.

---

<sup>2</sup> Rede des Niedersächsischen Kultusministers Grant Hendrik Tonne zu TOP 2 a der Landtagssitzung am 10.12.2018